

Pressemitteilung

27. August 2012

INSM stellt alternatives Finanzierungsmodell zum EEG vor **Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien kann 52 Milliarden Euro sparen**

Berlin – Ein wettbewerbsorientiertes Finanzierungsmodell würde den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den kommenden acht Jahren um bis zu 52 Milliarden Euro günstiger machen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die heute in Berlin vorgestellt wurde.

Die Autoren der Studie haben berechnet: Wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in der jetzigen Form beibehalten, werden die Stromverbraucher bis zum Jahr 2020 mit zusätzlichen Kosten in Höhe von voraussichtlich 59 Milliarden Euro belastet. Mit dem in der Studie empfohlenen Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien (WEE) würden lediglich 6,8 Milliarden Euro anfallen, wenn sich die günstigste alternative Energieform, die Windkraft an Land, durchsetzen würde.

„Die Energiewende steht am Scheideweg. Weiter am EEG herumzudoktern hilft nicht. Entweder steuern wir systematisch um oder die Energiewende wird von den hohen Kosten erschlagen“, warnt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM.

Die Off-Shore-Windkraft wird mit Zusatzkosten von über 23 Milliarden Euro zum größten Kostentreiber, da sie aufgrund des großen Abstands der Off-Shore-Windparks zur Küste eine besonders hohe EEG-Anfangsvergütung erhält. Aber auch Biomasse und Photovoltaik tragen mit rund 17 bzw. 13 Milliarden Euro zum weiteren Kostenanstieg bei. „Der Wettbewerb muss entscheiden, welche Technologie am wirtschaftlichsten Strom produziert. Wir brauchen deshalb für die Erneuerbaren Energien einen Wettbewerbsrahmen, der die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft befolgt“, so Pellengahr weiter. Mit Sozialer Marktwirtschaft ließe sich auch die Energiewende effizient bewältigen.

Mit dem WEE werden die Energieversorger dazu verpflichtet, einen festgelegten Anteil an Energie aus Erneuerbaren Energien zu liefern. Ende 2012 wird dieser Anteil bei etwa 25 Prozent liegen. Die Forscher schlagen vor, den Anteil an grünem Strom von 2013 bis 2016 jeweils nur um einen halben Prozentpunkt zu steigern, um die Netzstabilität nicht noch stärker zu gefährden. Vorausgesetzt, die nötige Infrastruktur würde geschaffen, könnte der Anteil von 2017 bis 2020 dann um jährlich zwei Prozentpunkte steigen. „So würde das Etappenziel, den Anteil an grünem Strom bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen, punktgenau erreicht“, erklärt der Präsident des RWI und Mitglied im Sachverständigenrat Prof. Dr. Christoph M. Schmidt.

Die vollständige Studie des RWI, eine Kurzfassung, Videos und Statements von INSM und RWI finden sie unter www.insm.de/EEGstoppen

Rückfragen

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877-174, hennet@insm.de

Projektleitung INSM: Marc Feist, Tel. 030 27877-175, feist@insm.de

Projektleitung RWI: Prof. Dr. Manuel Frondel, Tel. 0201 8149-204, manuel.fronedel@rwi-essen.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.